



KABINETT BESCHLIESST MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG VON ASYLMISBRAUCH

MASSENHAFTER ASYLMISBRAUCH AUS DEM KOSOVO MUSS GESTOPPT WERDEN

Das Bayerische Kabinett hat in seiner heutigen Sitzung Maßnahmen zur Bekämpfung des massenhaften Asylmissbrauchs durch Asylbewerber aus dem Balkan, insbesondere aus dem Kosovo beschlossen. Derzeit verlassen täglich tausend Kosovaren ihr Land, um über Ungarn nach Deutschland und Österreich zu gelangen. „Dieser Praxis gilt es einen Riegel vorzuschieben. Die kosovarischen Reisegruppen müssen bereits direkt an der ungarischen Grenze gestoppt, registriert und nach Hause geschickt werden“, fordert Innenminister Joachim Herrmann.

Drastisch steigende Antragszahlen

Kosovo ist ein armes Land, aber kein Krisengebiet. Dennoch steigen die Zahlen von Asylbewerbern aus dem Kosovo bereits seit Oktober 2014 stark an. Im Dezember 2014 stand der Kosovo bereits an dritter Stelle der Hauptherkunftsländer von Asylbewerbern und dabei lag die Gesamtschutzquote 2014 bei lediglich 1,1 %. Anfang Februar warteten 5.000 Kosovaren an der serbisch-ungarischen Grenze auf ihren Grenzübertritt. Mehr als 8.000 befanden sich auf dem Weg nach Deutschland.

Dazu CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer: „Der Exodus am Balkan muss gestoppt werden. Alle Kräfte der Behörden müssen jetzt gebündelt werden, damit die Wirtschaftsflüchtlinge im Schnellverfahren binnen kurzer Zeit das Rückfahrtticket ausgehändigt bekommen. Es müssen weitere Herkunftsländer wie Albanien, Kosovo und Montenegro als sicher eingestuft werden. Das Asylrecht ist nicht für Sozialtouristen und Wohlstandssuchende gemacht, sondern für Menschen in wirklicher Not vor Krieg und Verfolgung.“

Maßnahmen zur Bekämpfung

Zur Bekämpfung dieser massenhaften Fälle von Asylmissbrauch setzt das Kabinett auf vier zentrale Maßnahmen:

- **Abgelehnte Asylbewerber** aus sicheren Herkunftsländern sowie aus dem Kosovo und Albanien **müssen verstärkt und schneller zurückgeführt werden.**
- **Kosovo und Albanien müssen als sichere Herkunftsländer** eingestuft werden. Dazu wird Bayern eine **Bundesratsinitiative** starten.



- Asylbewerber aus dem Kosovo und den sicheren Herkunftsstaaten des Westbalkans sollen **soweit möglich nur Sachleistungen statt Geldleistungen** erhalten, um den Anreiz für Asylmissbrauch zu reduzieren.
- **Die serbisch-ungarische EU-Außengrenze muss wirksamer gesichert werden:** Das Kabinett unterstützt den Antrag der ungarischen Regierung auf Einsatz der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX an der serbisch-ungarischen Grenze und fordert die Bundesregierung auf, bei der EU auf eine rasche Entscheidung zu drängen.

Halte dieser Wegzug aus dem Kosovo an, handle es sich laut **Innenminister Joachim Herrmann** um 30.000 Personen im Monat und 360.000 Personen im Jahr 2015. Das ist ein Fünftel der Bevölkerung des Kosovo. *„Das dürfen wir nicht hinnehmen. Diese Migranten blockieren die Unterbringungsplätze, auf die wir für die wirklichen Flüchtlingsschicksale, etwa aus den Krisengebieten Syriens und Nordiraks, dringend angewiesen sind. Sie kosten dem Staat unnötigerweise eine Stange Geld.“*

Zudem kritisierte Herrmann erneut die lange Dauer der Asylverfahren und forderte den Bund auf, dem Bundesamt für Migration endlich mehr Personal zur Verfügung zu stellen, um solche aussichtslosen Fälle innerhalb von zwei bis drei Wochen bearbeiten zu können.

Service

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter **www.csu.de**

Impressum

CSU-Landesleitung
Franz Josef Strauß-Haus
Nymphenburger Straße 64
80335 München

Verantwortlicher
Dr. Hans Michael Strepp, Hauptgeschäftsführer

